

# Kreisdelegiertenversammlung in Pankow WP 2012 bis 2014

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung

**01. KDV am 05.05.2012**

## **ANT 31/001**

---

Antrag Nr.

### **Gemeinsamer Antrag Abteilung 1 und Abteilung 6**

---

Antragsteller:

Eingangsdatum

- (bitte ankreuzen)
- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

### **Thema: Breitbandlücken in Berlin schließen**

---

Die SPD Berlin fordert ihre Mitglieder im Abgeordnetenhaus und im Senat auf, sich für eine Verbesserung der Breitbandversorgung in Berlin einzusetzen. Dank der SPD ist Netzpolitik als eigenständiges Politikfeld in der Berliner Koalitionsvereinbarung verankert, wurde im Senat ein eigenes Ressort geschaffen und in der Abgeordnetenhausfraktion gezielt ein Aufgabenfeld definiert. Die SPD Berlin erwartet, dass dadurch die bestehenden Breitbandversorgungsdefizite umgehend und gezielt angefasst und beseitigt werden.

Nach einer Erhebung für den bundesweiten Breitbandatlas (TÜV Rheinland, 2011) sind drei Dutzend Ortsteile in Berlin erheblich vom Zugang zum schnellen Internet abgeschnitten, darunter Blankenfelde, Karow, Schmöckwitz und Wartenberg. Kurzfristige Abhilfe ist mit der im Ausbau befindlichen Breitbandtechnologie LTE möglich. Der Senat wird aufgefordert auf die Netzbetreiber Einfluss zu nehmen, zunächst Antennenstandorte in Betrieb zu nehmen, die zur Versorgung dieser Ortsteile geeignet sind.

Zur Realisierung eines stadtweiten leistungsstarken drahtgebundenen Breitbandausbaus, wie er in der Koalitionsvereinbarung als Ziel formuliert wurde, sind umgehend geeignete Instrumente zu identifizieren. Dabei sollen insbesondere die im Telekommunikationsgesetz vorgesehenen Maßnahmen (zum Beispiel Nutzung von Abwasserkanälen, Micro-Trenching etc.), die Einrichtung eines Leerrohrkatasters sowie die Möglichkeit zur Auflage eines Breitbandförderprogrammes umgesetzt bzw. auf ihre Anwendbarkeit und Machbarkeit geprüft werden.

Die SPD Berlin begrüßt das Engagement der SPD-Bundestagsfraktion für die gesetzliche Verankerung des Anspruchs auf Breitbandzugänge zum Internet. Die Berliner SPD-Mitglieder im Deutschen Bundestag sind aufgefordert, mit der Bundestagsfraktion weiterhin auf die Realisierung dieses sog. Breitband-Universaldienstes zu drängen. Die sozialdemokratischen Vertreterinnen und Vertreter im Senat werden aufgefordert, im Bundesrat als Land Berlin entsprechende Gesetzesinitiativen zu unterstützen.

## Begründung:

Wegen der mangelhaften Verfügbarkeit von Breitbandzugängen haben sich im vorigen Jahr Betroffene aus dem nördlichen Pankow an die Kommunalpolitik gewandt. Daraufhin hat die SPD-Fraktion in der BVV die Pankower Wirtschaftsförderung aufgefordert, in Zusammenarbeit mit Netzbetreibern für eine umgehende Verbesserung der Situation zu sorgen. Die sehr zurückhaltenden Verbesserungszusagen der Unternehmen auf einer Bürgerversammlung in Blankenfelde offenbarten den begrenzten Einfluss der Kommunalpolitik. Zugleich zeigt eine aktuelle ortsteilgenaue Studie des TÜV Rheinland, dass die Unterversorgung in Pankow nur die Spitze eines doppelten Unterversorgungsproblems in Berlin darstellt:

1. Eine Grundversorgung mit Breitband (zwei MBit/s und darüber) ist stadtweit nicht erreicht. Bald drei Dutzend Ortsteile verfügen über keine vollständige Abdeckung mit dieser Mindestbandbreite (90-99% Verfügbarkeit), mehrere Ortsteile haben Versorgungslücken von deutlich über zehn Prozent, unter diesen Ortsteilen ist häufig ein signifikanter Anteil der Versorgung nur mit leidlich zuverlässigen Mobilfunktechnologien wie beschleunigtem UMTS („HSDPA“) möglich.

2. Der größte Teil des Stadtgebietes weist bei zukunftssicheren Bandbreiten von 50 MBit/s und darüber dramatische Lücken auf.

Kurzfristige Abhilfe erscheint insbesondere durch den Einsatz der neuen hohe zweistellige MBit-Bandbreiten ermöglichenden mobilen Breitbandtechnologie LTE möglich. Der Senat muss seinen Einfluss geltend machen, damit der Ausbau der unzulänglich breitbandversorgten Ortsteile nicht hinter den Wirtschaftlichkeitserwägungen der Netzbetreiber zurückstehen muss. Perspektivisch ist ein stadtweiter Ausbau mit leistungsstarken drahtgebundenen Netzen anzustreben.

Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und der Senat sind aufgefordert, die Aussage aus dem Koalitionsvertrag „(w)ir werden mit privaten Partnern den Ausbau des Glasfasernetzes in Berlin vorantreiben“ jetzt mit Leben zu erfüllen. Dabei geht es auch darum, den bis zu 80 Prozent betragenden Anteil an Tiefbaumaßnahmen zu verringern. Das Telekommunikationsgesetz sieht dazu eine Reihe von Maßnahmen wie die Mitnutzung von Abwasserkanälen oder das sog. Micro Trenching (Herstellung schmaler Gräben oder Schlitze durch Schneiden oder Fräsen bei einer Verlegetiefe im Bereich der Frost- und Tragschicht) vor; auch die Einrichtung eines Leerrohrkatasters erscheint sehr geeignet. Ferner ist die Auflage eines Förderprogrammes für den Breitbandausbau im Land Berlin zu prüfen.

Breitband ist längst unabdinglich für die gesellschaftliche Teilhabe, daraus folgt die Verantwortung der Politik für die Bereitstellung solcher Zugänge zum Internet. Die SPD-Bundestagsfraktion blieb voriges Jahr jedoch erfolglos, den Anspruch auf einen breitbandigen Zugang zum Internet gesetzlich zu verankern. Die Berliner Bundestagsabgeordneten der SPD sind aufgefordert, sich gemeinsam mit der Fraktion weiterhin für einen Breitbandzugänge zum Internet einschließenden sog. Universaldienst analog zum gesetzlichen Anspruch auf einen Telefonanschluss einzusetzen.